

Bezugsbedingungen und Einzelnepreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.M. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Poincarés Wiederhall in Paris.

Lebhafte Diskussionen in politischen Kreisen.

Paris, 22. Juni. (WTB.) Wie die Agence Havas berichtet, haben einige radikale Abgeordnete die Absicht, in der Fraktions-

gestern außerordentlich lebhaft

zu. Es wurde u. a. viel bemerkt, daß Cail্লাug und andere radikale Persönlichkeiten von Ruf erschienen waren, u. a. auch der ehemalige Unterrichtsminister Francois Albert.

Aus diesem Grunde hat ein Mitarbeiter von Havas den rezipierenden Abgeordneten von Paris, Wiffosse, darüber befragt, was eigentlich in parlamentarischen Poincaré nahe-

Einen anderen Standpunkt nimmt der sozialistische Abgeordnete Fontanier ein, der in der "Volonté" feststellt, daß tatsächlich zwischen Briand und Poincaré eine grundverschiedene Auffassung über die Politik von Locarno besteht.

Der russisch-finnische Konflikt.

Moskau antwortet, Elvengren habe sich als Rumäne ausgegeben.

Moskau, 21. Juni. (WTB.) Die von Litwinow unterzeichnete Antwortnote der Sowjetregierung auf die finnische Beschwerde im Zusammenhang mit der Entziehung des Oberst Elvengren wiederholt die mündliche Erklärung, die dem finnischen Gesandten übergeben wurde.

Die Note führt weiter aus: Obwohl dem finnischen Gesandten Antti aus Liebenswürdigkeit der rumänische Paß Elvengrens und das Protokoll über dessen Ausreise durch Stomonjakow gezeigt wurde, wurde dem Gesandten schon damals mündlich erklärt, daß es das Außenministerium nicht für möglich erachte, mit der finnischen Gesandtschaft weitere Erörterungen über die Angelegenheit Elvengren zu pflegen.

Ein merkwürdiges Dementi.

Montag fand in der russischen Botschaft in Paris ein Presseempfang statt, bei dem der Botschafter Katsowli sich gegen tendenziöse Meldungen über Sowjetrußland wandte.

Polnisch-russische Paktverhandlungen?

Warschau, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Der polnische Gesandte in Moskau, Dr. Patel, trifft am Donnerstag oder Freitag in

Schwierigkeiten zu beseitigen, und durch gegenseitige Konzessionen und durch eine ständige Anstrengung des guten Willens die Verständigung zwischen uns und Deutschland herzustellen.

wer von beiden, Briand oder Poincaré, unsere Außenpolitik leitet.

Sind wir noch immer auf dem Wege, auf den unser Land nach den Wahlen vom 11. Mai 1924 sich begeben hat, oder sind wir auf diesem Gebiet wie auf anderen zu der Auffassung des nationalen Blocks zurückgekommen?

Auch der "Quotidien", der nachträglich zu der Rede von Lunévillle Stellung nimmt, kommt zu dem Ergebnis, daß, wer einen Frieden abgeschlossen hat, die Vergangenheit ruhen lassen muß.

Kommunistisch besoffen.

Nationalistische Phantasie glaubt, die Kommunisten machen französische Reservisten betrunken.

Paris, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Das "Echo de Paris" weicht von neuen Reservistenmeutereien im 38., 92. und 121. Infanterieregiment zu melden. Die drei Regimenter machen augenblicklich eine Feldübungsübung im Feldlager Bourg Laite.

England für Truppenverminderung.

Eine Unterhauserklärung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen.

London, 22. Juni. (WTB.) Im Unterhaus antwortete Corder Lompton auf eine Anfrage Kenworthy's, im Laufe des zwanglosen Gedankenaustausches zwischen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und Deutschlands gelegentlich der letzten Zusammenkunft in Genf seien keine neuen Verpflichtungen übernommen oder verlangt worden.

Beruhigung des Balkans.

Ein gemeinsamer Schritt der Mächte.

Paris, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse äußert ziemlich starken Optimismus hinsichtlich des Erfolgs des gemeinsamen diplomatischen Vorgehens Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens bei der albanischen Regierung in Tirana und bei der jugoslawischen Regierung in Belgrad.

Curtius gegen Schiele.

Nationalisierung des Reichskabinetts tut not!

Die große Rede, die Herr Schiele vorgestern auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats gehalten hat, hat die Feier des agrarischen Schutzollprogramms von neuem gedreht.

Herr Schiele:

„Der Passivsaldo der Handelsbilanz in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ist auf 1,5 Milliarden Mark gestiegen.

Herr Dr. Curtius:

„Das aus dem Ausland zu uns hereinströmende Kapital aber kann zu uns, auf längere Dauer gesehen, nur in der Form von Waren gelangen und kann daher je nach der Konjunkturlogik zu einer gewissen Passivität unserer Handelsbilanz führen.

Der eine Minister erwartet kritische Entscheidungen wegen der passiven Handelsbilanz und führt sie auf die Rohstoffmittleinfuhr zurück, der andere sieht in ihr ein normales Konjunktursymptom.

Herr Schiele:

„Wenn man heute auf Grund der schlecht verstandenen Thesen der Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau des deutschen Zollniveaus ... diskutiert, so ...

Herr Dr. Curtius:

„Die Tatsache bleibt bestehen, daß eine außerordentlich große Zahl industrieller Warengruppen zwei Jahre lang mit Zollhöhen belastet ist, die in dieser Höhe ihnen für so lange Zeit niemand zugestehen wollte.

Der eine Minister diskutiert die Frage eines Abbaues des deutschen Zollniveaus, der andere hält eine solche Diskussion für überflüssig.

Herr Schiele:

„Eine wirkliche Sanierung unserer Zahlungsbilanz erreichen wir nur, wenn es uns gelingt, eine aus eigener Kraft balancierte Wirtschaft herzustellen.

Herr Dr. Curtius:

„Das Ziel einer ausgeglichener und einer sich fortschreitend aktivierenden Handelsbilanz muß nach wie vor durch Steigerung der Ausfuhr erreicht werden.

Krafter können die Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der deutschen Wirtschaft kaum sein, als sie zwischen diesen beiden Ministern eines Kabinetts bestehen.

Herr Dr. Curtius versichert zwar, es seien nur technische Notwendigkeiten, die einen sofortigen Zollabbau un-

möglich machen. Wir glauben, daß bei sehr vielen Zöllen die technischen Hemmnisse sehr klein sind. Insbesondere wäre eine Ermäßigung der Zölle auf einen großen Teil der Legirten sowie der Masse der Chemikalienzölle ohne weiteres möglich. Für die Zoll-erhöhungen führt man aber die Notwendigkeiten der inneren Kolonisation an. Wir empfehlen Herrn Dr. Curtius und Herrn Schiele auch zur Förderung der inneren Kolonisation den Zollabbau als den geeignetsten Weg. Freigabe der Schmittholzimport aus Polen würde die Baukosten der Siedlerhäuser sehr wesentlich ermäßigen. Beilegung der Zölle auf Futtermittel und Mais würde den bäuerlichen Schweinemästern, die unter der Teuerung ihrer Futtermittel aufs schwerste leiden, besser helfen, als das Kompromiß über Kartoffeln und Schweinefleisch, das man mit Herrn Schiele geschlossen hat.

Am wichtigsten scheint uns aber in der Rede von Herrn Dr. Curtius ein Satz zu sein, dessen Sinn deutlich werden kann erst dann, wenn man sich, wie wir es in der Gegenüberstellung von Schiele und Curtius getan haben, die völlige Uneinheitlichkeit der Wirtschaftspolitik des Reichs vor Augen hält.

„Gerade das erachte ich auch als ein wesentliches Erfordernis fortschreitender Rationalisierung, daß man . . . bei sich im eigenen Hause Ordnung schafft.“

Es herrscht die größte Unordnung im deutschen Reichskabinetts, wenn zwei Minister nicht nur so verschiedene Meinungen über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands haben, sondern sie auch äußern. Diese Unordnung im eigenen Hause sollte Herrn Dr. Curtius Veranlassung geben, mit der Rationalisierung des Reichskabinetts zu beginnen. Sie ist dringend notwendig, und das deutsche Volk hat ein Recht darauf, aus dem Munde des ordnungsliebenden Herrn Dr. Curtius zu erfahren, ob er oder Herr Schiele gegen den Kabinettsgeist verstoßen haben.

## Der preußische Elektrizitätsrat.

### Der Gesetzentwurf des Handelsministeriums.

Der Gesetzentwurf über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des preußischen Staates in einer Aktiengesellschaft ist jetzt dem Landtag zugegangen und wird morgen, Donnerstag, in erster Lesung beraten. Dieses Gesetz ist von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Die Elektrizitätsbetriebe des preußischen Staates versorgen ein Gebiet von 50 500 Quadratkilometern mit 5 350 000 Einwohnern. Rechnet man hierzu den Einfluß, den der Staat durch seinen Aktienbesitz an anderen Werken hat, so ergibt sich, daß ein recht beträchtlicher Teil des preußischen Staatsgebietes in seiner Versorgung mit Licht und Kraft von dieser neuen staatlichen Aktiengesellschaft abhängig wird. Das öffentliche Interesse an einem zweckmäßigen Ausbau der Elektrizitätswirtschaft ist von uns wiederholt gewürdigt worden.

Die Zusammenfassung der preußischen Betriebe und Beteiligungen ist ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete der Ausgestaltung und Rationalisierung der Elektrizitätswirtschaft überhaupt. Die Privatindustrie empfindet diese Tätigkeit des preußischen Staates als einen Fremdkörper. Diese Auffassung hat, wie erinnerlich, zu erbitterten Auseinandersetzungen mit den rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerten geführt, die als gemischtwirtschaftliche Unternehmungen vom Privatkapital in gewisser Abhängigkeit sind. Erst in letzter Zeit wurden diese Reibungen und die Konflikte mit den Elektrizitätsbetrieben des Reiches aus der Welt geschafft.

Der grundsätzliche Würdigung des Gesetzentwurfes, die im „Vorwärts“ bereits vor einigen Wochen erfolgte, sind aus dem Text der Vorlage noch einige Einzelheiten nachzutragen. Die neue Aktiengesellschaft übernimmt die staats eigenen Betriebe und die Aktienpakete an anderen elektrowirtschaftlichen Unternehmungen. Sie wird voraussichtlich einen Kapitalwert von etwa 80 Millionen Mark darstellen. Durch die einheitliche Organisation rückt damit die bisher stark zersplitterte Elektrowirtschaft Preußens zu

einem Großbetrieb auf. Die Aktien der neuen Gesellschaft werden verwaltet vom preussischen Handelsminister sowie vom Finanzminister. Diese beiden Ministerien üben das Stimmrecht der Generalversammlung aus. Ueber den Aufsichtsrat ist lediglich in der Begründung gesagt, daß sieben seiner Mitglieder aus dem Landtag gewählt werden sollen. Da aber gerade die Organisation der Verwaltung und der Aufsichtsinstanzen von entscheidender Bedeutung für das gemeinwirtschaftliche Funktionieren der neuen Aktiengesellschaft ist, ist dringend zu wünschen, daß man diese unter Berücksichtigung aller Erfahrungen aufbaut, die man bei ähnlichen Unternehmungen der Reichsbahn und der Reichspost gewonnen hat. Mit der Gründung der Aktiengesellschaft gibt das Parlament einen großen Teil seiner Rechte aus der Hand, da es später nur noch an Hand der bereits genehmigten Jahresberichte seine Kritik ausüben kann. Um so wichtiger ist es, daß Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft von vornherein aufgebaut werden unter Berücksichtigung der großen Elektrizitätsabnehmer, insbesondere der Gemeinden und Kreisverbände, und unter Mitwirkung der Arbeiterschaft. Es ist zum mindesten zweckmäßig, daß derartige Anordnungen, die die preussischen Ministerien durch die Ausführungsbestimmungen später zu treffen haben, bereits bei der Durchberatung dieses Ermächtigungsgesetzes vorbereitet werden.

## Dutschistenpläne vor Gericht.

### Prozess Sodenstern-Mahraun. — Sodensterns Verschleppungsmandat. — Der Richter wegen Befangenheit abgelehnt.

Sodenstern-Mahraun — und kein Ende. Fortsetzung der am 4. März vertagten Gerichtsverhandlung. Diesmal Sodenstern als Kläger, Mahraun als Beklagter. Ueberfüllter großer Schwurgerichtssaal im alten Kriminalgebäude. Im Zuhörerraum lauter junge Leute. Vorsitzender Amtsgerichtsrat Büchert. Vertreter des Klägers Rechtsanwalt Bloch; Vertreter der Beklagten Mahraun und Pastenack die Rechtsanwältin Dr. Kunz und Kübel. Auf der Zeugenbank der aus dem Wifingerprozeß bekannte Gewährsmann Mahrauns Käsehaus, der Bundeskanzler der Jungdeutschen Bornemann, der Frontbannvorsitzende Major a. D. Holzmann, der bekannte Hauptmann a. D. Wackerzapp, der Leiter des Nachrichtenbundes des Jungdeutsches, Justizrat Claß, Kapitän Ehrhardt und andere.

Gegenstand der Privatklage ist jener Artikel im „Jungdeutschen“, in dem behauptet worden war, daß Sodenstern auf einer Führersprache erklärt habe, daß ein nationaler Dutsch zum Scheitern verurteilt sei, sofern ihm ein kommunistischer Dutsch nicht vorangehen würde. Sollte dieser nicht von selbst kommen, so müßte er provoziert werden. Die Großindustriellen Berlins müßten größere Arbeitermassen auf die Straße legen, und im gegebenen Augenblick hätte dann der Wifing sich zur Niederschlagung des kommunistischen Dutschs zur Verfügung zu stellen, der Parlamentarismus sei zu zerbrechen, die nichtnationalen Oberpräsidenten und Landräte abzusetzen usw. Im Inhalt dieses Artikels wie auch in einem zweiten Artikel erblühte Sodenstern eine Beleidigung.

Gegenstand der Widerklage Mahrauns ist die beleidigende Heize, die gegen ihn in der „Deutschen Zeitung“ unablässig geführt sein soll.

Die Verhandlung beginnt mit einem Verschleppungsantrag des Rechtsanwalts Bloch. Er beantragt die Verlegung; er könne nicht ohne den erkrankten Zeugen Tschammer verhandeln, überdies habe er die Abschrift des 22. Seiten umfassenden Schriftsatzes des Widerklägers erst vorgelesen erhalten. R. A. Dr. Kunz bittet, den Verlegungsantrag abzulehnen. Der Gegenstand der Widerklage sei in der vorigen Verhandlung ausführlich besprochen worden, und eine Verpflichtung zu schriftlicher Niederlegung der Widerklage bestehe überhaupt nicht. Das Gericht lehnt aus dem eben erwähnten Grunde den Verlegungsantrag des Klägers ab.

Darauf stellt R. A. Bloch einen neuen Antrag: Er lehnt den Amtsgerichtsrat Büchert wegen Befangenheit ab. Er habe durch die Art der Zeugenführung erwiesen, daß die Befragung vorliege, er würde den Tatbestand der Privatklage nicht unparteiisch würdigen. Einmal habe er den Justizrat Claß geladen, obgleich gegen diesen ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebte. Die Absicht gehe eben dahin, ihn hier als Zeugen über Dinge auszusagen zu lassen, über die er als Angehelligter zu schweigen berechtigt gewesen wäre. So hat diese Ladung politische Hintergründe. Diese Ansicht des Klägers würde durch folgende Tatsache noch bekräftigt:

Sofort nach der Haftentlassung des Dieb, gegen den im Verbindung mit der Veröffentlichung Clahscher Pläne ein Landesverratsverfahren eröffnet war, sei dieser in den Büroräumen des Jungdeutschen Ordens von Mahraun, Bornemann, Pastenack und dem Rechtsanwalt Kübel einem illegalen Zeugenverhör unterzogen worden. Daraufhin seien Bornemann und Mahraun nach Leipzig zum Oberreichsanwalt gefahren, hätten sich von ihm vernehmen lassen und die Aussage des Dieb gegen Claß zu ihrer eigenen gemacht. Diese Aussage sei auch zur Grundlage des Schriftsatzes des Widerklägers gemacht worden. Die Befragung der Befangenen seitens des Richters begründete R. A. Bloch auch mit dem Umstand, daß er die von dem Kläger benannten Zeugen nicht geladen, dagegen aber sämtliche von dem Widerkläger benannten Zeugen geladen habe.

Amtsgerichtsrat Büchert erwidert darauf, daß die Parteien ja in der letzten Gerichtsverhandlung sich über die Ladung der Zeugen geeinigt hätten. R. A. Kunz hält der Klagepartei entgegen, daß Mahraun und Bornemann nicht aus eigenem Antriebe nach Leipzig gefahren wären, sondern vom Oberreichsanwalt als Zeugen geladen worden seien. Im übrigen erklärt Amtsgerichtsrat Büchert, daß er sich in keiner Weise für befangen halte und alles tun würde, damit die Verhandlung noch heute zu Ende geführt würde. Vorläufig wird sie unterbrochen, damit die Kammer über den Ablehnungsantrag des Rechtsanwalts Bloch entscheiden könne.

Nach weiteren Verhandlungen zogen sich auf Anregung von Rechtsanwältin Dr. Kübel die Parteien zu kurzen privaten Verhandlungen über einen eventuellen Vergleich zurück.

## Ahlemann und Genossen.

### Der nicht verhinderte Mord.

Der Femeunterprüfungsausschuß des Preussischen Landtages nahm am Dienstagabend den Bericht des Abg. Kuttner (Soz.) über den Inhalt der Akten über das Verbrechen gegen Oberleutnant Ahlemann und Genossen wegen Anstiftung zum Mord gegen den früheren Innenminister Seevering entgegen. Der Bericht erstatter teilte zunächst den Inhalt eines Gutachtens des Anstaltsarztes über Grüte-Lehder mit; Grüte-Lehder ist bekanntlich wegen Ermordung des „Spitals“ Müller-Dammers zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dieses Gutachten des Anstaltsarztes stellt fest, daß man Grüte-Lehder zurzeit als geisteskrank bezeichnen müsse. Es sei möglich, daß man es bei dieser Krankheit Grüte-Lehders mit einer Haftwirkung zu tun habe; bei der ganzen Veranlassung Grüte-Lehders sei es aber auch möglich, daß es sich bei diesem um eine schleichende Geisteskrankheit handle, und zwar um einen Epileptiker. Grüte-Lehder befindet sich zurzeit in der Irrenabteilung.

Abg. Kuttner erklärt, es bestehe danach kein Zweifel, daß man es bei Grüte-Lehder mit einem Geisteskranken zu tun habe. Der Redner gibt dann einen Auszug aus der vorjährigen Aussage Grüte-Lehders vor dem Ausschusse, in der dieser u. a. behauptet hatte, daß Ahlemann dem Angebot Grüte-Lehders, ein Attentat auf Seevering zu begehen, nicht abgeneigt gegenüber gestanden habe, daß vielmehr zwischen ihm und Ahlemann Besprechungen über das Attentat erfolgt seien. Der Redner erklärt, daß viele Behauptungen Grüte-Lehders inzwischen widerlegt worden seien.

Bezüglich Ahlemanns hat Grüte-Lehder alles zurückgenommen und hat sich sogar bei ihm entschuldigt. Gegen Bulle und Rube hält er aber noch einige Anschuldigungen aufrecht. Grüte-Lehder kommt aber als Zeuge nach keiner Richtung hin mehr in Frage, weil ihm überaus viele Fälschungen und Unwahrheiten nachgewiesen sind.

Der Abg. Kuttner schildert dann noch, wie sich nunmehr nach den Akten das Beweisthema des Untersuchungsausschusses, die Beziehungen zwischen G. L. und völkischen Abgeordneten aufzuklären, darstelle. Danach hat G. L. dem damaligen völkischen Abgeordneten Oberleutnant a. D. Ahlemann spontan den Vorschlag gemacht, mit Geisteskranken Seevering zu ermorden. Ahlemann hat dies durchaus abgelehnt und in ruhiger Weise G. L. diesen Gedanken auszureden gesucht.

Die Erteilung der völkischen Parteivollmacht zu Organisationszwecken an den hebzehnjährigen G. L. bleibe auffällig. Zusammenfassung könne nach den Akten gesagt werden: Der Abg. Ahlemann hat Grüte-Lehder zu einem Attentat an Minister Seevering nicht anzuregen oder sein Einverständnis dazu erklärt. Auch davon, daß er den Attentatsplan unterstützt habe, kann nach dem Inhalt der Akten keine Rede sein. Dagegen trifft zu, daß der Abg. Ahlemann bei zwei Gelegenheiten von der Absicht Grüte-Lehders gewußt hat, ein solches Attentat zu begehen. Es könne weiter nicht festgestellt werden, daß die Abg. Bulle

## Der Tänzerkongress.

Magdeburg, 21. Juni.

Magdeburg, das niemals eine Touristenstadt war, ist jetzt durch seine Theaterausstellung für einige Zeit zu einem Mittelpunkt des deutschen Fremdenverkehrs geworden. Was in diesem Sommer tagt, jubelt oder konzeriert, gibt sich hier ein Stellbühnen. Dem Ersten Internationalen Tänzerkongress, der heute im Vortragsaal des Ausstellungsgebäudes eröffnet wurde, kann man immerhin zugestehen, daß er den Theaterdingen näher verwandt ist als die Ainderträge, die Postbeamten, die Jivillsupernumerare, die Körperbehinderten, der 12. Evangelische Gemeindegottesdienst, die mitteldeutschen Chirurgen und die Lederindustriellen, die hier bereits ihre Tagungen abgehalten haben.

Vor zehn, fünfzehn Jahren wäre ein Tänzerkongress, wie er hier geplant ist und ins Werk gesetzt wurde, eine Unmöglichkeit gewesen. Damals war der Tanz, auch der Kunsttanz, nichts als ein Mittel zur leichten Unterhaltung, zur oberflächlichen Zerstreuung, zum Amüsement. Dieser Zustand hat sich inzwischen geändert. Heute ist der Kunsttanz, vor allem in Deutschland, eine ernsthafte und ernste Sache geworden. Er hat sich in eine seriöse Kunst verwandelt, die sich dem Drama, der Malerei, der Plastik, der Musik absolut ebenbürtig fühlt und fühlen darf. Die nicht mehr als dienende Schwester anderer Künste, namentlich der Musik, erscheint, sondern sich ihre Selbstständigkeit errungen hat. Zwischen der Beine schwebenden, Glieder verrenkenden, ruhende werfenden Brettschiva von ehedem und einer Wigman oder Polacca liegt eine Welt. Eine Fülle neuer theoretischer und praktischer Probleme hat diese Entwicklung ausgerufen. Zu ihrer Erörterung und, wenn möglich, Lösung soll der Tänzerkongress dienen. Anna Pawlowa, Mary Wigman, Rudolf von Laban, der Intendant Dr. Kieddecken-Gebhardt und der Professor Oskar Schlemmer haben ihn leitet. Ernstke Fragen sollen in Vorträgen und Diskussionen geklärt werden, künstlerische Vorführungen der ersten Solisten und Tanzgruppen in frühlichem Wettbewerb die Verschiedenheit der Stile, Schulen und Individualitäten kundtun. Den Künstler und Kunsttheoretiker erwartet eine Fülle von Belehrung und Anregung.

Nachdem heute morgen die Festung der Deutschen Theaterausstellung den Kongress eröffnet und das Kongressbureau sich konstituiert hatte, ging man sofort an die Arbeit. Das Thema „Grundlagen und Gesetze der Tanzkunst“ wurde zunächst in vier Vorträgen erörtert. Professor Oskar Wie, der Veteran der zeitgenössischen Tanzgeschichtsschreibung, gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Gesellschafts- und Bühnentanzes. Diese Entwicklung — führte er aus — beginnt mit einer Epoche, in der der Tänzer Instrument einer mathematischen Idee ist. Es findet dann

allmählich eine Emanzipation des Tänzers statt, dessen Persönlichkeit immer mehr zum Träger des Stils wird. Heute führt der Kreis der Entwicklung nun wieder zum Ausgangspunkt zurück: der neue Tanz ist bewegte Architektur, der einzelne Tänzer nur ein Teil dieses architektonisch-mathematischen Ganzen. Der russische Tanzhistoriker An-drei Lewinson, bekannt als Verfasser des grundlegenden Werkes über die Blütezeit des Balletts, führte die Gedankengänge Bies näher aus. Er sprach von den Ideen und Formen des klassischen Tanzes. Seitge, wie im ersten Stadium des Balletts die Zuschauer von erhöhten, amphitheatralisch angeordneten Sitzen auf den Schauspielplatz des Tanzes hinabbliden. Die Figuren, die die tanzenden Massen mit ihrer Bewegung auf den Boden zelnern, sind das künstlerisch Bewußtliche. Ein berühmter Tanzmeister dieser Zeit wird ausdrücklich als „erfindungsreicher Geometer“ gepriesen. Die Tanzfiguren sind abstrakt mathematisch. Die Periode der „horizontalen Choreographie“ endet, sobald die erhöhte Bühne Schauspielplatz des Balletts wird. Rich: die Tanzfigur, sondern der dynamische Schwung des Einzelstanzers ist jetzt Basis des Tanzes. Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und, als Mittel dazu, Auswärtsstellung der Beine werden wichtige Programmpunkte der tänzerischen Ausbildung. Aufhebung der Schwere wird das künstlerische Ziel des Balletts. Die horizontale wird von einer vertikalen Choreographie abgelöst.

Dann kam ein Vertreter des modernen Stils zum Wort. Der Berliner Tanzhistoriker Fritz Böhm, ein Vorkämpfer und Ausgestalter der Labanischen Theorien, charakterisierte den Tänzer unserer Zeit. Der neue Tanz ist nicht nur eine Negation des alten, es ist durch ihn ein Element in die Kultur des Abendlandes gekommen, das dieser Kultur bisher fremd war. Der neue Tanz schafft wieder Beziehungen zwischen der künstlerischen Schöpfung und den geistigen Strömen der Gegenwart. Der alte Tanz, das klassische Ballett, hat seinen Symbolcharakter verloren, er bedeutet nichts mehr für die Zeit, weil er nichts von der Zeit deutet. Der neue Tanz ist wieder Spiegel und Strahl. Und die Zukunftsfrage des neuen Tanzes ist: wie bringen wir wieder den Rhythmus in dieses durch die Alleinherrschaft des Verstandes veränderte Leben? — Nach einer kurzen Erholungspause genossen die Kongressteilnehmer eine geist- und humorvolle wienersche Plauderei des Architekten Adolf Loos über allerlei Dinge, die mit Theater, Tanz, Gymnastik, Stehen, Gehen, Sitzen, Liegen mehr oder weniger eng zusammenhängen.

An diese Vorträge, die die Vormittagsstunden ausfüllten, schlossen sich nachmittags die Beratungen der Sektionen. Man hatte ursprünglich beabsichtigt, deren drei zu bilden: eine für künstlerische, eine für organisatorische und eine für pädagogische Fragen. Inzwischen wurde aus praktischen Gründen beschlossen, zunächst die Organisationsfragen im Plenum zu beraten. Friedrich a. Mannheim wurde zum Leiter der Sitzung gewählt. In den folgenden Tagen sollen dann die Sektionen einzeln zusammentreten, es sollen, da das Arbeitsgebiet ein fast unüberseh-

bares ist, zur Beratung besonders wichtiger Fragen Kommissionen und Subkommissionen gebildet und das Ergebnis dann in Form von Beschlüssen am letzten Tage dem Kongress vorgelegt werden.

John Schitowski.

## Sommerposse.

Immer hitziger wird es auf der Bühne, immer eifriger wird es im Parkett, d. h. in den hinteren Reihen werden Plätzchen und Joten von einem Publikum bekräftigt, dem die Erziehung durch die Volksbühne sehr wohl täte. Neben den Leuten, die gern empfangen, was ihnen von ernst und gefühlvollen Theaterfreunden geboten wird, gibt es Tausende von entgleisten Konsumenten, die noch nicht aus und ein wissen und jede Schwelgerei und jede Dummheit mit ihrem banalen Geschmack bekräftigen. Volksbühne, wir, wir!

Noch kurz zu der Sommerposse, mit der das Residenztheater aufwartet. Schon der Titel soll sehr sachlich sein. Er lautet: „Der Storch ist tot.“ Der Titel des letzten Residenztheaterstückes war sehr deutlich. Es hieß „Das Absteigequartier“, und man konnte in Seligkeit und in Joten schwimmen, bis einem die Stuhl überbüßig bis an die Nase emporstieg. Man ist gegen das Schund- und Schmutzgesetz, doch gegen Schund und Mist, der sich so unverblümt präsentiert.

Der Storch ist tot, das bedeutet, der junge Ehemann darf seine Frau nicht in das Jungfernbett bringen, weil die ehemalige Geliebte, die natürlich Lolotte heißt, Erpressungen ausübt. Nun wird die Erpresserin abgeschüttelt und das Jüngferlein erhält noch im letzten Moment alles, was sie braucht. Dieses Jüngferlein wird gespielt von einer Debutantin, dem Fräulein Ellen Schwannke, die ein richtiges Theaterkind ist; denn sie übertrug schon heute ihre Umgebung durch gewandtes Gehen und Sprechen und eine bedeutende Sicherheit im Spenden von Pointen. Sie ist ein herrliches Mädchen mit etwas müden Bewegungen, sie hält sich nicht sehr flott, sondern eher etwas gleichgültig, und man glaubt, daß sie, geführt von einem ordentlichen Regisseur, sich zur besessenen Schwermut leicht finden würde. Im übrigen spielten Hans Pippich, Elli Wada, Otto Storm und Maria West Posse mit mütendem Tempo. Das war schauspielerisch sehr derbe, aber auch richtig für jenes rückwärtige Parkett.

R. S.

Friedrich Kaylers Komödie „Von der Wunderbare“ spielt vom 23. bis 27. d. Mts. in der Originalbesetzung mit Friedrich Kayler als Wilhelm in das Theater am Bülowplatz über.

Das Konservatorium Altmöth-Scharnke gibt im Beethovenjahr sein fünftes Konzert am Freitag (Werke der neuen Zeit).

Volksbühnen-Sonderzug nach Magdeburg. Der Sonderzug, den die Berliner Volksbühne zur Theater-Ausstellung und zum 8. Volksbühnentag nach Magdeburg laufen läßt, hat eine außerordentliche Beteiligung gefunden. Der Zug fährt Sonnabend, mittags 13.30 von Potsdamer Bahnhof ab. Die Rückfahrt erfolgt Sonntag abend (ab Magdeburg 21.57).

und Rube Grütze-Lehder zur Ermordung Müller-Dammers angestiftet haben, und daß sie von der Absicht Grütze-Lehders gewußt haben, Müller-Dammers zu töten. Festgestellt werden könne dagegen, daß der Angeklagte der Völkischen Freiheitspartei v. Lettenborn von Grütze-Lehder von der Absicht Kenntnis erhalten habe, Müller-Dammers zu ermorden. Dagegen hätten Ahlemann und Rube von der Absicht der Ermordung Severings, und Lettenborn von der Absicht der Ermordung Müller-Dammers gewußt.

Der Berichterstatter unterfuchte darauf die Frage, wie sich die Beteiligten zu den Mitteilungen Grütze-Lehders verhalten haben.

Ahlemann habe versucht, den Plan Grütze-Lehders bezüglich der Ermordung Müller-Dammers zu zerstreuen. Er habe ferner ein zweitesmal versucht, Grütze-Lehder von der Tat abzumähen. Lettenborn habe Grütze-Lehder wegen der Absicht der Ermordung Dammers heftig angefahren und ihm mit einer polizeilichen Anzeige gedroht. Bezüglich des Verhaltens des Abg. Rube stehe nicht fest, daß er gegen Grütze-Lehder etwas unternommen hat. Der Berichterstatter glaubt, daß es bei Zugrundelegung des Atteninhalts vollständig ausgeschlossen sei, den genannten Abgeordneten irgendeine den Vorwurf zur Anstiftung, des Einverständnisses oder der Billigung zum Morde sowohl bezüglich Severings als auch bezüglich Müller-Dammers zu machen.

Zweifelhaft sei, ob das, was gegen die Absichten Grütze-Lehders gesehen ist, als ausreichend bezeichnet werden könne. Das gelte bezüglich Ahlemann, der zweimal von der Mordabsicht Grütze-Lehders erfahren hat. Die Völkische Freiheitspartei habe Grütze-Lehder trotz seines Mordangebotens weitgehende Vollmachten ausgestellt. Es sei auch möglich, daß die Völkische Freiheitspartei Grütze-Lehder den Ausweis zur Leitung der völkischen Organisation in Vorpommern ausstelle in Kenntnis der Mordabsicht Grütze-Lehders. Diesen Umstand müsse man als äußerst bedenklich bezeichnen.

Abg. Kuffner wie dann darauf hin, daß eine Vorchrift bestimme, diese Dinge zur Anzeige zu bringen, und zwar namentlich auf Grund des Republikshandbuchs. Diese Verpflichtung zur Anzeige hätte namentlich bestehen müssen angesichts des zweiten aufgeregten Briefes Grütze-Lehders an Ahlemann. Diese Anzeige hätte zur Folge gehabt, daß die Ermordung Müller-Dammers vielleicht verhindert worden wäre. Man könne weiter sagen, daß die Ermordung verhindert worden wäre, wenn die Völkische Freiheitspartei die schärfsten Konsequenzen gezogen hätte aus der Mordabsicht, wenn sie von Grütze-Lehder abgerückt wäre und ihn nicht weiter in der Partei beschäftigt hätte. Tatsächlich habe die Partei ihn zwar scheidend abgerufen, aber Grütze-Lehder habe erlebt, daß ihn tatsächlich seine Mitteilungen nicht geschädigt hätten. Man habe ihm seine Funktionärstelle gelassen. Der Ausschuss hätte nach Ansicht des Berichterstatters Grund, sich damit zu beschließen, ob nach den dreimal geführten Mordabsichten Grütze-Lehder nicht von denjenigen, die Zeugen der Gespräche gewesen sind, dahin gewirkt werden mußte, daß Grütze-Lehder nicht die Tat ausführen konnte. Diese Unterlassung sei besonders zu werten von allgemein politischen und moralischen Gesichtspunkten aus. Der Redner schließt, das alles ändere nichts an der Tatsache, daß eine Anstiftung zum Morde oder eine Billigung der Tat von keiner Seite der Völkischen Partei erfolgt ist.

Abg. Dr. Deckerberg (Dnat.) stellt die Frage, ob eine Erhebung der Anklage gegen Rube und Rube wegen Kenntnis des Mordes erfolgt sei.

Abg. Kuffner (Soz.) erwidert, daß in dem Einstellungsbeschluss darüber nichts enthalten sei.

Der Berichterstatter wird daraufhin vom Ausschuss ermächtigt, noch einmal die Akten durchzusehen, ob die Frage der Kenntnis der Mordabsicht bei der Einstellung des Verfahrens berücksichtigt worden ist.

Damit war die Sitzung des Ausschusses beendet.

## Um den ermordeten Heldentenor. Beginn des Prozesses Großveden.

Wien, 22. Juni (Eigener Drahtbericht).

Unter großem Andrang des Publikums begann heute vormittag 9 Uhr vor dem Schwurgericht in Wien der Prozeß gegen Frau Ellen Großveden. Unter den Zuhörern sind vornehmlich Frauen. Um 10 Uhr tritt die Angeklagte in einfachem schwarzen Kleid den Verhandlungsraum. Die Frau macht einen nicht unympathischen Eindruck.

Zu Beginn der Verhandlung teilt der Vorsitzende mit, daß die 2½ jährige Tochter der Angeklagten und die Mutter des Getöteten sich dem Verfahren als Privatkläger anschließen und Ersatzansprüche an die Angeklagte stellen. Der Verteidiger spricht sich sehr entschieden gegen die Zulassung besonders der Tochter gegen die Angeklagten als Privatkläger aus und ruft in den Saal: „Es geht nicht an, daß die Tochter der Angeklagten zur Hilfe des öffentlichen Anklägers aufrufe.“ Das Gericht beschließt jedoch, beide zuzulassen.

Es werden dann die Zeugen ausgerufen, etwa 40 an der Zahl, meistens Frauen. Darauf wird die Kronanwaltschaft verlesen. Es heißt darin, daß am 15. Februar Großveden eine Postspielreise nach Berlin antreten wollte. Ursprünglich hatte er geplant, seine Frau mitzunehmen, und die Fahrkarte 1. Klasse in zwei Fahrkarten 11. Klasse heimlich umgetauscht. Aber als sie ihm während des Mittagessens wieder Vorwürfe über angebliche Beziehungen zu einer Dame der Wiener Gesellschaft machte, entschloß er sich, sie nicht mitzunehmen. Er warf ihre Kleider aus dem Koffer, in dem sie verpackt waren. Sie räumte sie wieder ein und nahm den Koffer mit sich. Er entwand ihm ihr wieder und wollte ins Schlafzimmer gehen. Zwischen Speisezimmer und Schlafzimmer trat ihn die Axt. Die Anklage betont, daß der Revolver vorbereitet gewesen sein müsse. Denn der Kasten, in dem der Revolver aufbewahrt gewesen sein soll, wurde nach der Tat versperri vorgefunden, und auch die Wäsche, unter denen der Revolver gelegen haben soll, wiesen keinerlei Unordnung auf. Die Anklage bezeichnet die Angeklagte als eine herrschsüchtige Frau mit maskulinem Einschlag.

Es beginnt das Verhör der Angeklagten. Der Vorsitzende erlaubt ihr, da sie seit dem Mord im Spital in Behandlung war, sich sitzend zu verantworten. Sie verantwortet sich mit leiser oder bestimmter Stimme. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie sich schuldig bekenne, antwortet sie bestimmt: „Nein.“ Vorsitzender: „Über die Tatsache, daß Sie geschossen haben, müssen Sie doch zugeben.“ Angeklagte: „Es ist möglich. Ich leugne es nicht.“ Dann erzählt sie von ihrer ersten Ehe. Im Jahre 1923 hat sie Großveden in einem Kaffeehaus kennengelernt. Sie ging mit ihm noch im gleichen Jahre eine wilde Ehe ein. Es gab von Anfang an schwere Zerwürfnisse. Ihr Mann habe sie auch geschlagen. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1924 habe sie Spuren seiner Mißhandlungen an ihrem Körper festgestellt. Er habe nicht nur sie mißhandelt, sondern auch andere Leute geschlagen. Die Angeklagte bricht in nervöses Weinen und die Verhandlung wird darauf auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme wird das Verhör fortgesetzt.

## Streckenarbeiters Tod.

Auf der Behrier Eisenbahnbrücke, die über die Havel in Spandau führt, werden zurzeit Ausbesserungsarbeiten an den Gleisen vorgenommen. Heute morgen gegen 6½ Uhr wurde der 31 Jahre alte Streckenarbeiter Arthur Rollenbauer aus der Deinesstraße 54 in Spandau durch einen heranbrausenden Vorortzug überfahren und so schwer verletzt, daß er gleich danach verstarb. Rollenbauer war rechtzeitig durch ein Signal gewarnt und hatte sich bereits mit seinen Arbeitskollegen von den Gleisen entfernt. Plötzlich sprang er aber noch einmal auf das Gleis zurück, allem

# Die 100 Millionen-Anleihe Berlins.

Sie haben etwas läuten hören.

Verschiedene Morgenzeitungen bringen heute Mitteilungen über den angeblichen Abschluß der bekannten 100-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin, die nur zum Teil den Tatsachen entsprechen. Es ist bisher keinerlei Abschluß erfolgt, sondern es liegen der Stadt mehrere günstige Angebote englischer Bankhäuser — teils direkt, teils indirekt — vor, die zurzeit der Prüfung unterliegen, so zum Beispiel neben dem in der heutigen Morgenpresse veröffentlichten Angebot einer sechsprozentigen Anleihe zum Kurse von 93½ ein anderes zum Kurse von 93%. Richtig ist, daß die in Betracht kommenden Bankhäuser sich ihrerseits gebunden haben. Die Finanzdeputation hat aber in ihrer gestrigen Sitzung noch zu keiner Entscheidung kommen können, weil eine Vergleichung und Nachprüfung der Einzelbedingungen der Angebote erforderlich schien. Sie wird sich voraussichtlich in ihrer morgigen Sitzung endgültig entscheiden.

Die vorliegenden Angebote sind insofern besonders günstig, als die Banken bei dem Kurse von durchschnittlich 93½ Proz. Stempel und Spesen in Höhe von 2 bis 3 Proz. selbst zu tragen bereit sind. Der Emissionkurs würde auf diese Weise die Höhe von 98½ Proz. erreichen müssen. In einem solchen Angebot und in der sicheren Voraussetzung, daß eine Anleihe auf dieser Basis in kürzester Frist überzeichnet werden wird, drückt sich besser, als es Worte vermögen, das unbedingte Vertrauen auch des Auslandes in die geregelte Haushaltsgebarung und Kreditfähigkeit Berlins aus. Keine deutschnationale Agitation über „rote Mißwirtschaft“ und „Vergeudung städtischer Gelder“ wird daran auch in Zukunft etwas ändern!

Strittig sind von den Einzelbedingungen der Anleihe namentlich zwei. Das eine ist die sogenannte „negative Verpän-

dingungsklausel“, die der Stadt die hypothekarische Belastung einzelner Vermögenswerte (außer bei Wohnungsbauten) unterlagt. Sie ist unbedenklich, weil der Kredit Berlins, wie sich ja gerade hier wieder gezeigt hat, so groß ist, daß eine solche Belastung niemals in Frage kommen kann. Die zweite ist die Anerkennung der englischen Gerichtsbarkeit, über deren Berechtigung die Meinungen geteilt sind.

Irrtümlich ist die Darstellung, als ob es sich hier um eine neue Beschaffung der städtischen Körperschaften handelte. Die 100-Millionen-Anleihe ist ein Teilbeitrag des im diesjährigen Haushalt vorgesehenen Anleihebudgets, der seit langem von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt ist. Die Anleihe war ursprünglich als Inlandsanleihe vorgesehen. Da der Inlandmarkt zurzeit verflochten ist, wurde sie sodann durch eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats vor 14 Tagen in eine Auslandsanleihe umgewandelt. Darauhin hat der Stadtkämmerer die betreffenden Verhandlungen mit ausländischen, insbesondere Londoner Banken geführt. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Angebote liegt nunmehr ausschließlich bei der Finanzdeputation, der die Stadtverordnetenversammlung die Festlegung der Einzelbedingungen übertragen hat. Eine erneute Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung ist nicht mehr erforderlich.

Diese Richtigstellungen scheinen uns geboten, nachdem die irr-tümliche Darstellung mit ihrem den Tatsachen entsprechenden Kern, der nur durch einen groben Vertrauensbruch an die Öffentlichkeit gelangt sein kann, heute in mehreren Morgenblättern veröffentlicht worden ist.

Anschein nach, um Handwerkszeug zu entfernen. In diesem Augenblick war der Zug aber schon an der betreffenden Stelle angelangt und erfolgte Rollenbauer, ehe dieser noch zurückspringen konnte.

## Explosionsunglück in Tempelhof. Zwei Arbeiter schwer verletzt.

In der chemischen Fabrik der Hüttenwerke A. Meyer in der Germaniastraße 145/149 zu Tempelhof ereignete sich heute mittag gegen ¼ 11 Uhr eine folgenschwere Explosion. Aus bisher noch ungeklärter Ursache explodierte unter heftiger Detonation ein großer Säurebehälter. Zwei in der Nähe des Explosionsherdes beschäftigte Arbeiter; der 40jährige Friedrich Schwent aus der Schönfeldstraße zu Neukölln und der neben ihm stehende 47jährige Heinrich Fiedelbein, der in der Scheffelstraße 15 zu Lichtenberg wohnt, erlitten am Kopf, an den Händen und Körper schwere Verletzungen. Die Verunglückten wurden in das Neuköllner Krankenhaus überführt.

## Ein Mädchenmord bei Dortmund. Die Täter in Berlin?

Ein Kapitalverbrechen, wie angenommen wird ein Lustmord, wurde am vergangenen Montag in der Dortmunder Gegend verübt. Er beschäftigt auch die Mordinspektion der Berliner Kriminalpolizei.

Auf dem Rittergut Stormede diente eine 16 Jahre alte Erna Günther aus Genside. Diese besuchte ihre Eltern in Genside und machte sich am Montag nachmittag um 4 Uhr auf den Heimweg nach dem Gut. Um 5 Uhr wurde sie in einem Kornfeld an der Chauffee tot aufgefunden. Sie war vergewaltigt und ermordet worden. Die Leiche zeigte Würgemarle am Hals und auf dem Leibe eine 10 cm lange Schnittwunde. Die Ermittlungen ergaben durch Zeugenvernehmungen, daß der bestialische Tat zwei Geistesranke dringend verdächtig sind, die am Sonntag um 10 Uhr aus der Heil- und Pflegeanstalt Worteln, die 5 Wegstunden vom Fundort entfernt liegt, entwichen waren. Das Mädchen ist um die angegebene Zeit, zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags, auf der Chauffee noch lebend worden, als sie nach Stormede zugeht. Andere Zeugen hatten gesehen, daß um diese Zeit ein etwa 40 Jahre alter Mann, der nur mit Hemd und Strümpfen bekleidet war, aus dem Kornfeld heraustrat, während ein zweiter im Straßengraben lag. Die beiden entwichenen Geistesranke sind ein am 10. Oktober 1876 in Trier geborener berufloser Wilhelm Kapfer und ein Baufeldarbeiter Emald Burghard, der am 7. Juli 1907 in Pippstadt geboren ist. Auf beide wird auch in Berlin gefahndet. Kapfer hat eine Zeit lang in der französischen Fremdenlegation gedient und ist ein mehrfach bestraffter Verbrecher. Während er wegen Raubes und Totschlages eine längere Strafe in der Strafanstalt Münster verbüßte, zeigte er Spuren von Geisteskrankheit, die seine Ueberführung in die Heil- und Pflegeanstalt Worteln veranlaßte. Mitteilungen über das Aufsuchen der Geistesranke in Berlin werden an die Mordinspektion A im Berliner Polizeipräsidium erbeten.

## Feuer unter dem Bahnhof Zoo.

Heute morgen gegen 7¼ Uhr alarmierte man die Feuerwehr nach dem Rotal von Roschwig, das sich unter der Bahnüberführung am Bahnhof Zoo, Hardenbergstr. 25, befindet. Hier war in der Nähe ein Brand ausgebrochen, der allem Anschein nach aus Fahrlässigkeit zurückzuführen ist. Die Feuerwehr war 1½ Stunden lang mit Lösarbeiten beschäftigt, doch ist die Küche total ausgebrannt. Infolge des starken Frühverkehrs am Bahnhof Zoo hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt. Auch mußte der Verkehr der Züge auf kurze Zeit unterbrochen werden, da die Flammen in den Bahnkörper durchschlugen.

In der vergangenen Nacht gegen 10 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Weihenburger Straße 17 gerufen, wo der Dachstuhl des rechten Seitenflügels in hellen Flammen stand. Die Feuerwehr gab aus mehreren Röhren Wasser, konnte den Brand aber erst nach zweistündiger Tätigkeit löschen. Der Dachstuhl ist vollständig niedergebrannt. Personen sind zum Glück nicht verletzt worden. Allem Anschein nach ist das Feuer infolge Fahrlässigkeit entstanden.

## Feriensonderzüge nach Nord- und Ostsee.

Die Reichsbahndirektion Berlin hat sich entschlossen, noch folgende Feriensonderzüge mit 33½ Proz. Ermäßigung einzulegen: Nach der Ostsee: Nach Sahnitz am 5. Juli; Steintiner Bahnhof ab 11 Uhr 36 Minuten; nach Kolberg am 6. Juli, Steintiner Bahnhof ab 11 Uhr 44 Minuten, nach Swinemünde am 7. Juli, Steintiner Bahnhof ab 9 Uhr 50 Minuten, nach Warnemünde am 5. Juli, Steintiner Bahnhof ab 10 Uhr 54 Minuten. Nach der Nordsee: Nach Hamburg am 5. Juli, Lehrtor Bahnhof ab 22 Uhr 20 Minuten, nach Bremen-Nord-Deich am 6. Juli, Lehrtor Bahnhof ab 23 Uhr 6 Minuten.

Die Fahrkarten zu den Zügen werden ab Montag, 10 Uhr vormittags, an den Schaltern der Fahrkartenausgaben der Abgangsbahnhöfe verkauft. Alle bisherigen Bestellungen sind hinsichtlich schriftliche Bestellungen werden für diese Züge nicht entgegen genommen. Fahrkarten werden nach den gleichen Stationen ausgegeben wie bisher bei den Zügen der gleichen Richtung. Bei Vorzeigung von mindestens sieben Fahrkarten können auf den Namen des Bestellers Abteile reserviert werden.

Zur Hinfahrt müssen bekanntlich die Sonderzüge benutzt werden, beziehungsweise von Hamburg aus nach den Nordsee-bädern die jahresplanmäßigen Bäderzüge, die, soweit sie D-Züge sind, zur Hinfahrt ohne besonderen Zuschlag benutzt werden können. Für die Rückfahrt stehen allen mit Feriensonderzugarten Reisenden sämtliche jahresplanmäßigen Züge zur Verfügung. Auf der Rückfahrt ist bei Benutzung der zuzuschlagpflichtigen Schnellzüge die geringe Gebühr von 1,50 Mark zu entrichten, die für die Kosten einer mehrtägigen Reise kaum ins Gewicht fällt. Wer jedoch die Rückfahrt ohne weitere Anwendung machen will, benutzt die Eil- und beschleunigten Personenzüge, die von jeglichen Zuschlägen frei sind.

## „Großstadt und Erziehung.“

Die letzte Monatsversammlung des „Bundes Erisch-dener Schulkämpfer“ war bereits als ein Auftakt zu der vom 30. September bis zum 4. Oktober stattfindenden großen Herbsttagung des Bundes gedacht. — Alle drei Referenten behandelten dasselbe Thema: Die Auswirkung des Problems „Großstadt“ auf das Kind. Als erster Redner des Abends sprach Schulrat C. Biehweg (Vöbden) über „Großstadtmensch und Großstadtschüler“. Er charakterisierte den Typ des Großstadtmenschen als den Menschen der neuen Zeit, des neuen Zeitalters, dessen Tempo und Rhythmus von der Maschine bestimmt sind. Naturfremdheit, herausgelöst aus dem naturgegebenen Rhythmus des Wechsels der Jahreszeiten, der Tag- und Nachtzeit, eingespannt in eine entseelte, von der Maschine diktierte Arbeit, steht der Großstadtmensch von heute zwischen den Zeiten. Als Gegenwert für die Auflösung aller Traditionen und Bindungen gibt ihm die Großstadt das Erlebnis der Rasse, der anonymen Verbundenheit, die doch wie nichts anderes auch die Lösung von dem gesellschaftlich gezeichneten, abgeimpften „Ich“ ermöglicht. Der Großstadtschüler nun, der als Kind und jugendlicher Mensch zwischen all diesen Spannungen steht, verlange auch Erzieher, die ihn nicht mit dem Ballast überlebter Traditionen belasten, die sowohl die Gefährdungen wie die Gebundenheiten voll durch die Krisis der Zeit führen: Denn von dem Wert dieser Jugend hängt die Lösung des Problems „Großstadt“ letztlich ab. — Herr Dr. med. Gumpert ergänzte diese Ausführungen dann vom Standpunkt des Arztes: Der Bodenwucher sei das größte Verbrechen an der heranwachsenden Generation. Nicht allein, daß in den überfüllten Wohnungen die körperliche Gesundheit der Kinder Schaden nehmen. — Frau Irma Fischenbach gab dann aus ihren „Erfahrungen als Schulschwester“ die zahlenmäßige Ergänzung zu dem Vortrage Dr. Gumperts. — Vor allem leide die Fürsorge durch „Schulschwester“ an der Ueberbürdung der einzelnen Kräfte. So habe sie zurzeit — 14 Schulen zu betreuen! Wie notwendig hier eine gute Fürsorge sei, ergebe sich aus folgenden Zahlen: Von 304 neu eingeschulerten Knaben seien nur 21 in gutem Gesundheitszustand gewesen, 79 Prozent seien bei mittlerer Gesundheit, 14 Prozent in ausgesprochen schlechtem Gesundheitszustand gewesen — 6 Prozent gesundheitlich so heruntergekommen, daß sie überhaupt nicht schulfähig waren! 9,5 Prozent der Schulklassen seien nicht erwerbsfähig gewesen. Daß die Fürsorge immer noch unzulänglich sei, ergebe sich daraus, daß von den 3500 Kindern ihres Bezirkes nur 12 = 0,6 Prozent zur Kur, 247 = 14,7 Prozent zur Erholung verbracht werden konnten. Nur 311 hätten Schulrübstd, nur 41 Schulmittagbrot bekommen. — Bei diesen Verhältnissen sei die Anstellung hauptamtlicher, auch die Behandlung übernehmender Schularzte dringender Erfordernis, und ebensowenig seine Umstellung und Erneuerung des Lehrpersonals. Habe sie doch durchschnittlich noch alle Woche einen Fall, in dem sie feststellen müsse, daß Schüler deutliche Merkmale von einer von dem Lehrer veranlassenen Fälschung tragen! — Angesichts dieser Tatsachen verzweifelte man an dem Nutzen von „Reformen“, bevor nicht die Grundlagen geändert seien — und das bedeute eine Umwälzung unseres gesamten gesellschaftlichen Zustandes! Die beachtenswerte Aussprache wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden Professor Dr. Paul Destréich.

## Mordversuch einer Mutter an ihren Kindern.

Essen, 22. Juni. (Z.) Die 31 Jahre alte Ehefrau eines Installateurs aus Br. Reersbed versuchte aus unbekanntem Grund ihre beiden elf und sechs Jahre alten Söhne zu töten. Sie schlug die Knaben mit einem Hammer auf den Kopf und stieß ihnen dann ein Rasiermesser in den Hals. Darauf lief sie zum Amtsgericht und meldete ihre Tat. Die Polizei fand die beiden Kinder blutüberströmt in ihren Betten liegen. Das jüngere Kind dürfte kaum mit dem Leben davontommen; man hofft, den älteren Knaben retten zu können. Die Täterin ist verhaftet worden.

## Wenterei in einem amerikanischen Gefängnis.

London, 22. Juni. (Z.) Wie aus New York berichtet wird, haben im Staatsgefängnis von Lansing im Staate Kansas 300 Gefangene gemeutert und sich in eine Grube unterhalb des Gefängnisses eingeschlossen, weil ihnen nicht gestattet wurde, Zigaretten in Empfang zu nehmen. Der Zugang zu der Grube, in der sich weder Nahrungsmittel noch Wasser befinden, ist verbarrikadiert, und die Gefangenen lehnen es ab, Zutritt zu beantragen. 14 Gefängniswärter werden als Geiseln von ihnen festgehalten.

# Zum Internationalen Gewerkschaftskongress

Der vierte ordentliche Internationale Gewerkschaftskongress, der vom 1. bis 6. August in Paris abgehalten wird, weist in seiner Tagesordnung folgende wichtigere Punkte auf: 4. Der organisatorische Aufbau des IGB; 5. Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung; 6. Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen; 7. Internationaler Kampf um den Achtstundentag; 10. Die wirtschaftliche Weltlage; 11. Abrüstungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Dem Kongress gehen am 29. und 30. Juli die Internationalen Konferenzen der Arbeiterinnen und der Berufssekretariate voraus.

Von den Anträgen, mit denen der Kongress sich zu befassen hat, seien die folgenden erwähnt:

Großbritannien beantragt, den Sitz des Bundes nach Brüssel zu verlegen, während die Schweiz die Verlegung in ein anderes Land beantragt. Der Vorstand des IGB beantragt, an Stelle der jetzigen drei gleichberechtigten Sekretäre einen Generalsekretär zu wählen und überläßt es dem Kongress, einen oder mehrere Untersekretäre zu wählen oder durch den Ausschuss wählen zu lassen. Statt drei sollen vier Vizepräsidenten gewählt werden und zwar je einer von der englischen, der deutschen, der französischen, der skandinavischen und baltischen und schließlich der spanischen und Balkanländergruppe. England beantragt die Zusammenfassung des Vorstandes aus einem Vorsitzenden, drei Stellvertretern, einem Generalsekretär und einem Hilfssekretär. Holland will ebenfalls einen Präsidenten, drei Vizepräsidenten, einen Vertreter der Angestellten und Beamten und drei Sekretäre. Auch für die Zusammenfassung des Ausschusses liegen Anträge vor, von denen der des Vorstandes als Ausschussmitglieder die Mitglieder des Vorstandes, zwei Vertreter jeder angeschlossenen Landeszentrale und drei Vertreter der Berufssekretariate vorseht.

Während der niederländische Gewerkschaftsbund den Beitrag zum IGB von 12 auf 18 Gulden jährlich pro 1000 Mitglieder erhöht wissen will, schlägt der Vorstand vor, außer dem regelmäßigen Beitrag von 12 holländischen Gulden für drei Jahre einen jährlichen Extrabeitrag von 3 Gulden zu erheben.

Der Antrag zu Punkt 5 sucht der Organisation der Angestellten, Beamten und freien Berufe gerecht zu werden. Für die internationale Hilfe bei Lohnkämpfen ist eine eingehende Regelung beantragt. Der holländische Antrag will die Erziehung eines internationalen Unterstützungsfonds für Streiks und Aussperrungen auf seine Möglichkeit hin geprüft wissen. Der holländische Gewerkschaftsbund will außerdem dem Gedanken einer Einheits- oder Hilfspolizei auf den Kongressen des IGB, gefolgt wissen, um die zeitraubenden Uebersetzungen überflüssig zu machen. Er will ferner die Züricher Internationale der Sportverbände als die maßgebende Sportorganisation anerkannt wissen.

Zum Achtstundentag bzw. zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens beantragt England, Vorkehrungen zu treffen für eine gleichzeitige Intervention bei den fünf Großmächten für eine Ratifizierung der Konvention. Am Hinblick auf das im März 1926 von den fünf Großmächten getroffene Übereinkommen lösen keine stichhaltigen Gründe mehr dagegen vor. In dieser Auffassung dürfte es selbst unter den beteiligten Regierungen nur eine Meinung geben. Die Vornahme der Ratifizierung scheitert nur noch daran, daß keine dieser Regierungen den Gehzweig hat, die erste zu sein, die die Ratifizierung vollzieht und sich damit dem Stimmzettel des Unternehmertums aussetzt. Und weil jede Regierung nur darauf wartet, bis die andere den Anfang macht, kommt die Sache nicht vom Fleck. Wird diesem munteren Spiel nicht bald ein Ende gemacht, dann wird das Washingtoner Achtstundentagsübereinkommen vom 29. Oktober 1919 noch so gründlich „interpretiert“, daß außer dem „grundständlichen“ Achtstundentag nichts mehr von ihm übrig bleibt. Dann würde es vielleicht ratifiziert werden.

Auch der von Großbritannien gestellte Antrag zur Abrüstungsfrage und zum Kampfe gegen Krieg und Militarismus dürfte der Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter aller Länder sicher sein.

## Die Gastwirtsgehilfenorganisation 1926.

Es gibt keine gewerkschaftliche Organisation, für die das Jahr 1926 nicht eine schwere Belastungsprobe war. Die bisher veröffentlichten Jahresberichte legen Zeugnis ab davon, welche Anstrengungen die Gewerkschaften gemacht haben, um die bisher errungenen Positionen der Arbeiterschaft auch in der Krisenzeit zu erhalten. Sie zeigen aber auch, daß die Gewerkschaften den Absichten der Unternehmer weit erfolgreicher begegnen könnten, wenn die Arbeiterschaft endlich der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses folgen würde. Auch auf das Gastwirtsgewerbe blieb die anhaltende Wirtschaftskrise des Vorjahres, wie der Jahresbericht des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten zeigt, nicht ohne nachhaltigen Einfluß. Waren Ende Dezember 1925 nach den Arbeitsnachweisberichten insgesamt 28 578 Gastwirtsangestellte erwerbslos, so stieg diese Zahl bis Ende 1926 auf 36 180. In den Staffeln der Arbeitsnachweise sind jedoch lange nicht alle Erwerbslosen erfasst, da gerade viele Erwerbslose im Gastwirtsgewerbe die gewerkschaftlichen Stellensmittler aufsuchen oder sich ihre Stellen durch Inserate besorgen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit machten sich, wie überall, so auch im Gastwirtsgewerbe die Unternehmer zunutze, um die sozialen Bestimmungen der Tarifverträge und die Löhne abzubauen. Trotzdem hat die Organisation noch 49 Angriffsbewegungen, wovon drei Streiks, geführt, die mit Ausnahme von 10 erfolglosen Bewegungen im Gesamtdurchschnitt eine Lohnherhöhung von 3,47 R. pro Kopf und Woche brachten. Von den 14 Abwehrbewegungen war leider nur ein geringer Teil erfolgreich, so daß im Gesamtdurchschnitt ein Lohnabbau von 2,62 R. pro Person und Woche hingenommen werden mußte. Die Angriffslust der Unternehmer erblickt schon aus der Tatsache, daß die Zahl der an den Angriffsbewegungen Beteiligten von 136 943 im Jahre 1925 auf 38 482 gesunken, die Zahl der an den Abwehrbewegungen Beteiligten jedoch von 5718 auf 22 735 gestiegen ist. Die Zahl der Tarifverträge konnte nicht nur gehalten, sondern sogar von 80 Beträgen mit 92 209 Beschäftigten zu Be-

ginn des Berichtsjahres auf 82 mit 93 403 Beschäftigten am Schlusse des Berichtsjahres erhöht werden. Bedauerlich ist das geringe Interesse der Gastwirtsangestellten, sich eine gezielte Betriebsvertretung zu wählen. Durch eine Umfrage wurde festgestellt, daß von 2978 erfahrenen Betrieben nur in 546 eine Betriebsvertretung gewählt worden war.

Der Mitgliederstand hat sich erfreulicherweise gehalten. Wenn am Schlusse des Berichtsjahres 23 032 Mitglieder gegen 23 470 zu Beginn des Jahres gezählt wurden, so ist der Rückgang um 447 Mitglieder nur scheinbar. Es ist lediglich mit den Papierkosten aufgetaucht worden, was allein schon die Tatsache beweist, daß die Zahl der geleisteten Beiträge trotz der großen Arbeitslosigkeit von 81 481 0 auf 82 008 8 gestiegen ist. Sehr groß ist noch die Fluktuation der Mitglieder; steht doch einem Mitgliederzugang von 11 265 ein Abgang von 11 703 gegenüber. Verhältnismäßig günstig ist die finanzielle Entwicklung der Organisation. Trotz erhöhter Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung erhöhte sich der Bestand der Hauptkasse von 74 343 R. auf 81 500 R. Ebenfalls gestiegen ist die Auflage der Verbandszeitung, und zwar von 24 000 auf 25 000 Exemplare.

Alles in allem zeigt der Bericht, wie sehr die Wirtschaftskrise die Entwicklung des Verbandes hemmt. Der Bericht läßt aber auch keinen Zweifel darüber, daß den Angriffen der Unternehmer auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gastwirtsgehilfen weit mehr Erfolge beschieden gewesen wäre, wenn die Organisation weniger leistungsfähig gewesen wäre. Daraus ergibt sich für alle im Hotel-, Restaurant- und Caféangewerbe beschäftigten Unorganisierten die Lehre, in Reih' und Glied zu treten. Je stärker der Zentralverband, um so günstiger die Arbeitsbedingungen. Das muß auch der Einsichtliche begreifen und die ganz „Schlau“, die die Beiträge sparen möchten, erst recht.

## Verbandstag der Justizbureaubeamten.

Der dem Allgemeinen Deutschen Beamtensbund angeschlossene Reichsverband der Justizbureaubeamten und deren Anwärter hält vom 23. bis einschließl. 25. Juni in den Räumen des Preussischen Landtages seinen Hauptverbandstag ab. Der Verbandstag wird sich neben anderen wichtigen Fragen insbesondere mit den notwendigen Reformen in der Justizverwaltung und den damit verbundenen Personalfragen sowie auch mit den Forderungen der Befolgungsvorschriften befassen. Neben einem am 22. Juni im großen Festsaal des Lehrervereins stattfindenden Begrüßungsabend findet am Donnerstag, abends 7 Uhr im gleichen Saale eine große Kundgebung statt, in der ebenfalls zu Fragen der Besoldung und der Eingruppierung der Rangassistenten im Beisein von Regierungs- und Parlamentsvertretern Stellung genommen werden soll.

## Was sich ein Lehrherr anmaßt.

Herr Djenberg, Inhaber einer kleinen Maschinenfabrik in Lichtenberg, hat einen 18jährigen Lehrling entlassen, weil er Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist. Vor dem Gewerbeamt, wo der Lehrling im Besitze seines Vaters wegen der Entlassung klagte, versicherte Herr Djenberg, er habe durch die Entlassung des Lehrlings keine Feindseligkeit gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt. Er verbiete seinen Lehrlingen auch, Mitglied des Roten Frontkämpferbundes oder des Stahlhelms zu sein. Er verbiete ihnen überhaupt jede Beteiligung an politischen Vereinen. Er habe für seine Lehrlinge einen neutralen Sportverein ins Leben gerufen. Da könnten sie sich den körperlichen Übungen hingeben.

Diese Erklärungen genügten dem Gericht natürlich nicht als Begründung der Entlassung. Herr Djenberg sollte bestimmte Fälle anführen, womit der Kläger durch seine Mitgliedschaft im Reichsbanner den Lehrzweck gefährdet und gegen den Lehrvertrag verstoßen habe.

Nach dieser Richtung hin konnte Herr Djenberg nichts anführen. Aber er vertiefte sich auf angebliche „Heterieen“ der Lehrlinge gegen Lehrstunden und besonders auf einen Fall, wo ein anderer Lehrling einmal seine Kollegen veranlaßt habe, Sonntagsarbeit, die von ihnen verlangt wurde, abzulehnen. Bezeichnend für die Denkwelt des Herrn Djenberg ist ein Schreiben, welches er aus diesem Anlaß an den Vater des letzt-erwähnten Lehrlings (nicht des Klägers) gerichtet hat. Da teilt Herr Djenberg dem Vater mit, daß sein Sohn (der sich gegen die Sonntagsarbeit wandte) eine Reuterei heroorgerufen und daß er dem Reuterei zur Strafe vier Wochen Ferien ohne Bezahlung zubüßt habe und daß der Lehrling diese vier Wochen nach beendeter Lehrzeit nachzuholen habe. Diese „Strafe“ ist allerdings nicht vollstreckt worden, denn dem Jugendsekretär des Metallarbeiterverbandes gelang es, die Beilegung des Streitfalles herbeizuführen.

Man sieht hieraus, daß Herr Djenberg die Freiheit, seine zwölf Lehrlinge auch in Lehrstunden und Sonntagsarbeit ungehindert ausbeuten zu können, nicht eingeschränkt sehen will. Uebrigens ist der Vater des Klägers der Meinung, daß Herr Djenberg, obgleich dieser es bestreitet, die im „Stahlhelm“ vertretene Richtung begünstigt. Deshalb wird auch der „neutrale Sportverein“ des Herrn Djenberg von den jungen Leuten mit Mißtrauen betrachtet.

Die Verhandlung endete damit, daß Herr Djenberg verurteilt wurde, das Lehrverhältnis fortzusetzen oder dem Kläger eine Entschädigung von 1000 R. zu zahlen.

## Vier Monate Vötkerstreit in Dortmund.

Seit vier Monaten stehen in Dortmund die Vötker im Streik. Keine Seite hat bisher nachgegeben; der Kampf hat sich im Gegenteil verschärft, da die Unternehmer die Organisationsleitung schriftlich haben wissen lassen, daß, wenn bis zum 18. Juni der Streik nicht beendet sein würde, sie ihrerseits Maßnahmen ergreifen werden. Die Streitenden fordern, die Löhne den Tarifverhältnissen anzupassen, die in vielen Orten schon seit Jahr und Tag bestehen.

Aufgehobene Sperre. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, ist die Sperre über die Armin-Säle, Ballhaus Max und Wörth, Inh. Paul Hörnick, Kommandantenstr. 58/59, aufgehoben.

# Wirtschaft

## Abfluß eines staatlichen Bergbaubetriebes.

Die Bergwerks Aktiengesellschaft Redlinghausen, deren gesamtes Aktienkapital von 57 Millionen Mark sich in Händen des preussischen Staates befindet, ist, wie der gesamte Steinkohlenbergbau im Frühjahr vorigen Jahres, nur durch die Zufallskonjunktur des englischen Streiks aus einer schwierigen Lage befreit worden. Obwohl die Beschäftigungsziffer im April 1926 bereits den Tiefstand von 47,6 Proz. infolge Abnahmangels erreicht und eine scharfe Einschränkung der Belegschaften stattgefunden hatte, standen angesichts der sorgfältigen Mißverhältnisse zwischen Förderung und Absatz weitere Abbaumassnahmen für die kommenden Monate bevor, als mit dem englischen Streik die große Besserung eintrat. So ist das Gesamtergebnis des ersten Betriebsjahres der Gesellschaft ein recht gutes. Nach vorherigem Abzug sämtlicher Unkosten (diese üble Sitte der Privatwirtschaft sollten Staatsunternehmungen nicht nachmachen) wird ein Betriebsgewinn von 6,6 Millionen ausgewiesen, von dem nach Vornahme von 3,1 Millionen Mark Abschreibungen ein Reingewinn von rund 3,5 Millionen Mark verbleibt. Hieraus werden 4 Proz. Dividenden gezahlt und 0,7 Millionen auf neue Rechnung vorgetragen. Auffallend ist die Flüssigkeit an Betriebsmitteln, denn die mit rund 7,8 Millionen Mark ausgewiesenen laufenden Schulden werden durch 23,5 Millionen Forderungen und fast 2 Millionen Wertpapiere mehr als dreifach gedeckt. Während die Belegschaft auch auf dieser Staatszede gegenüber dem Vorjahr sich um 17,6 Proz. verminderte, hat die Reinsförderung pro Arbeitstag um 4,65 Proz. und im Vergleich zu 1913 bei einer Belegschaftsverminderung um 12,8 Proz. um 5,5 Proz. zugenommen!

Die Hein, Lehmann u. Co. A.-G. Berlin und Düsseldorf, ein recht bedeutendes Unternehmen im Eisenkonstruktions- und Brückenbau, kann in ihrem Geschäftsbericht für 1926 auf umfangreiche Aufträge hinweisen, deren Durchführung sich auf mehrere Jahre erstreckt und den Betrieben eine feste Grundlage gibt. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die Eisenkonstruktionsindustrie von der Beschäftigungslosigkeit der letzten zwei Jahre besonders betroffen war und ihre Betriebe stark eingeschränkt hatte. Bei der gedrückten Marktlage hat sich die Gesellschaft mit geringeren Preisen begnügen müssen, so daß sich trotz gesteigerter Umsätze eine Senkung des Rohgewinns von 2,0 auf 1,4 Millionen Mark ergibt. Dafür haben sich auch die Generalunkosten von 1,2 auf 1,0 Millionen ermäßigt, so daß noch ein Reingewinn von 50 000 Mark verbleibt. Die Forderungen, die sich mit 1,9 Millionen mehr als verdoppelt haben, decken zwar die mit 2,5 Millionen Mark ausgewiesenen Schulden und 1,2 Millionen Kundenanzahlungen nicht, doch werden an weiteren Aktiven noch 0,8 Millionen Mark Wertpapiere und die stark angemessenen Vorräte von 2,4 Millionen ausgewiesen. Die Stärke der Belegschaften beliefert sich zurzeit auf etwa 1300 Mann.

Die deutsche Schrottausfuhr nach Polen. Auf Grund der Genfer Konvention war Deutschland bis vor kurzem verpflichtet, bis zum Juni 1927 jährlich eine Schrottausfuhr von 230 000 Tonnen zuzulassen. Diese Frist ist nunmehr abgelaufen, und da ein deutsches Ausfuhrverbot für Schrott besteht, wird jetzt von deutscher Seite kein Schrott mehr nach Polen geliefert. Bisher sind von polnischer Seite keine Ansprüche geltend gemacht worden. Eine Regelung der Schrottlieferung dürfte wahrscheinlich erst mit den Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

## Sport.

### Der Dienstagabend bei Rüt.

#### Behrode, Tich, Tonani und Ohmella als Sieger.

Gestern hatte Walter Rüt Glück. Er konnte seine zweimal abgesetzte Veranstaltung wirklich ohne Regen austragen lassen, jedoch war die Arena nicht ausverkauft. Zuerst gab es einen Flieger-Dreikampf mit Ohmella, Spears und Behrode, der drei Ränge vorah. Das Gesamtergebnis ergab den Sieg Behrodes mit 4 Punkten vor Ohmella (3 P.) und Spears (2 P.). — Ein „Mannschafts-Omnium“ für vier Zweier-Mannschaften, bestehend aus einem Fliegetreffen in zwei Rängen, einem 20-Runden-Punktrennen und einem Mannschafts-Verfolgungsrennen sah D. Tich, Tonani, Knappe, Krollmann, Demolf, Stodeland und Hufschke-Rebe am Start. Der interessanteste Wettbewerb dieses „Omniums“ war das Mannschafts-Verfolgungsrennen. Die vier Mannschaften waren in gleichen Abständen — je 62½ Meter — voneinander aufgestellt. Jede überholte Mannschaft mußte sofort auscheiden. Der Kampf entbrannte zuletzt zwischen Demolf-Stodeland und Tich-Tonani. Der Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. Das, was der Halbling des Publikums, Tonani, aufholte, vermochte Tich nicht zu halten. Die Belgier waren die stärkeren Leute. Der Sieg fiel jedoch im Gesamtergebnis an Tich-Tonani mit 24 P. vor Demolf-Stodeland 23 P., Hufschke-Rebe 17 P. und Knappe-Krollmann 15 P. — Im 30-Kilometer-Einzelfahren, betitelt „Franz-Krupkat-Erinnerungspreis“, siegte Oskar Tich auf Grund einer Ueberwindung, die er gemeinsam mit Krollmann vollbrachte. Auch Rebe verlor einmal loszugehen, mußte jedoch nach 15 Runden sein Vorbild ausgeben. Ohmella hatte bereits nach dem 4. Spurt (60. Runde) die Bahn verlassen. 3. weiter des Punktfahrens wurde Krollmann mit 4 P. Eine Runde zurück: 3. Rüt 22 P., 4. Demolf 17 P., 5. Tonani 15 P. — Im Runden-Rekordfahren stellte Ohmella mit 15 1/10 Sekunden einen neuen Rekord auf. Behrode folgte mit 15 1/10 und Knappe mit 15 1/10 Sek. — Das Stunden-Mannschafts-Fahren der Amateure gewannen die BRG 89-Beute Donath-Behmann mit einer Runde Vorsprung. Sie fuhrten 40,250 Kilometer.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Freizeitsport: R. S. Böhmer; Lokales und Sonstiges: Fein Redakteur; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

**Nur Suppe?**  
Ja Samstags gibts nur Suppe. Aber heute ist etwas Besonderes darin — die einfache Samstags-Suppe wird zum Festgericht!  
Das machen die  
**Dörrfler Westfälischen Bauernwürstchen**  
In Dosen von 3 und 6 Paar à 100 Gramm.  
Auch die lange Bock mit Speckwürfeln ist delikant!  
In Dosen von 2, 4 und 8 Stück à 75 Gramm.

Von der Reise zurück  
**Dr. Alexander Drucker**  
Zahnarzt  
Neue Schönhauser Straße 20.

**Les' Bücher: Wissen, das Macht**

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
Lindenstraße 4.  
**Bettfedern**  
aus erster Hand, 1/10 gran  
60 Stk., gefüllt 90 Stk., April  
1,75, Halbduane 2,75, 4  
mit Plüsch 4, Behe 5, Dunne 7, weiß  
3-10, Schlafbaum 8,50-5, Oberbett la  
bicht, Schnitt 8 Stk., 12, 18, Rücken à 1/10, 2,50,  
5,50 an'm. gran. Plüsch. Mutter-Beutel, frei  
lein. Weiß. Schlafbaum zurück. Böhm.  
Bettfedern Spezialhaus Sachsel & Stadler,  
Berlin G 12, Ronsberger Str. 43.

**HOPEL FAHRER**  
Nr. 300  
wöchentlich  
Vertilgung und Verkaufsstellen:  
Andreasstraße 16  
Senefelderstraße 30  
Weddingstr. 5 (Cigarren-Geschäft)  
Oberschöneweide, Edisonstr. 53  
Brunnenstraße 80  
Neukölln, Steinmetzstraße 103  
Neukölln, Okerstraße 6  
Verlangen Sie unverbindlich Vertreterbesuch  
TEL. BISMARCK G. M.  
4273-75 RADIO G. M.  
BERLIN W 80, Kurfürstendamm 17

**Beleuchtungskörper**  
und jeden elektrischen Gebrauchsartikel  
bekommen Sie am billigsten  
bei bequemer Teilzahlung  
in unseren Ausstellungsräumen, Elsässer Straße 78  
Elektrische Anlagen während der Sommermonate  
einfache Brennstelle 10.— M. bei sauberster Ausführung.  
**Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. b. H.**  
Elsässer Str. 86-88 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmersdorf, Landhausstr. 4

**Schaufenster-Tapete!**  
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.  
**Sächsische Tapeten-Industrie,**  
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

**Bettfedern**  
aus erster Hand, 1/10 gran  
60 Stk., gefüllt 90 Stk., April  
1,75, Halbduane 2,75, 4  
mit Plüsch 4, Behe 5, Dunne 7, weiß  
3-10, Schlafbaum 8,50-5, Oberbett la  
bicht, Schnitt 8 Stk., 12, 18, Rücken à 1/10, 2,50,  
5,50 an'm. gran. Plüsch. Mutter-Beutel, frei  
lein. Weiß. Schlafbaum zurück. Böhm.  
Bettfedern Spezialhaus Sachsel & Stadler,  
Berlin G 12, Ronsberger Str. 43.

**RADIO**  
G. M.  
BERLIN W 80, Kurfürstendamm 17

**Konkurrenzlos!!!**  
Holzhäuser  
Nestbetten mit Polsterlagen 10,50 an  
Sofa 20,—  
Schl.-Chaiselongues 50,—  
Chaiselongues 24,—  
Wanduhren 7,—  
Wanduhren 7,—  
Patentmatrizen 9,—  
Wochenhäuser — Prospekte gratis  
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis  
**R. 5.- Mk. an**  
von ca. 30 Landparzellen ca. 100 verk.  
Pa. Gartenboden, 20 Min. v. Bahn. Ver-  
käufer Sonntag, Dienstag und Sonn-  
abend im Restaurant „Zu den drei  
Linden“, dir. am Bahnhof Fredersdorf.  
Jul. Rieger, Berlin C, Gontardstr. 5.